

## Regierungsprogramm im Breihspiegel

Berlin, 2. Oktober.

Die Berliner Morgenblätter beschäftigen sich fast alle eingehend mit dem neuen Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung. Die „Germania“ bezeichnet das Programm als einen Appell an die Vernunft und ein Dokument der deutschen Not, wie diese hart und drückend ist. Es sei aber auch ein Dokument des entschlossenen Willens, mit dem Aufgebot aller guten Kräfte unseres Volkes die schwere Not zu meistern und der Zukunft ein besseres Gedeihen für Staat und Wirtschaft abzurufen.

Die „Börsezeitung“ schreibt unter der Überschrift „Ein Schritt vorwärts!“. Es ist zu begrüßen, daß man endlich den Mut aufgebracht hat, die Reichsfinanzen unabhängig zu machen von der Entwicklung des Bedarfs für die Erwerbslosenfürsorge. Weiter bezeichnet es das Blatt als bedeutungsvoll, daß endlich daran gegangen worden sei, auch die Grundlagen für eine Gesundung der Länder und Gemeindefinanzen zu schaffen. Das Blatt glaubt, daß durch diesen Plan die Grundlagen des Vertrauens zur Reichsregierung im In- und Ausland wieder hergestellt werden können.

Der „Börsencourier“ weist darauf hin, daß auch er mancherlei Bedenken gegen Einzelpunkte habe, aber darauf komme es jetzt nicht an. Man habe sich die Frage vorzulegen, ob die große Linie des Kabinetts mitgemacht werden soll oder ob man lieber neues Feilschen der Parteien vorziehen möchte. Der Plan bleibe ein schmerzlicher, aber notwendiger Eingriff.

Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sieht gewisse Mängel in dem Regierungsprogramm; es sei, was in gewisser Beziehung auch Vorteile biete, fast ausschließlich und organisch ausgebaut. Alles in allem aber bedeute es eine geeignete Grundlage für die letzten Entscheidungen, die in den letzten Wochen zu schaffen sein werden, um Wirtschaft, Volk und Staat ungefährdet über den Winter zu bringen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ betitelt ihre Stellungnahme „Zustimmung und Zweifel“. Sie hält die Einheitsbesteuerung für die Landwirtschaft in der vorgeschlagenen Form für ein ungemein gefährliches Experiment. Der allgemeinen Grundtendenz, endlich eifern zu sparen, könne man zustimmen.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt, zweifellos sei der Wille zu spüren, das finanzielle Fundament des Reiches nicht locker zu werden. Die Regierung habe es sich nicht gerade leicht gemacht, für das Programm im Reichstag eine Mehrheit zu finden.

Scharf ablehnend stehen die oppositionellen Blätter dem Regierungsprogramm gegenüber. Der „Vorwärts“ zum Beispiel erklärt, auf diesem Wege würde das Ziel der endgültigen Sanierung nicht erreicht werden. Der „Sozialanzeiger“ und der „Tag“ weisen darauf hin, daß eine wirkliche Sanierung ohne die Behebung des Grund Übels der Reparationsverpflichtungen nicht möglich sei. Der „Tag“ meint, das deutsche Volk werde jedes Opfer auf sich nehmen, wenn diese Opfer der Freiheit dienen. Jede Sparmaßnahme, jeder ferne Zwang sei berechtigt, wenn eine Politik der Beilegung damit gefördert werde.

## Beamtenverbände gegen Gehaltsabbau

Berlin, 2. Oktober.

Die Vorstände des Reichsbundes der höheren Beamten und des Deutschen Beamtenbundes beschäftigen sich bereits mit der geplanten Kürzung der Beamtengehälter. Sie fassen den Beschluß, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln gegen die Gehaltsverkürzung vorzugehen. Der Vorstand des Reichsbundes der höheren Beamten will angeblich sogar auf dem Klagewege eine Klärung der Frage herbeiführen, ob eine durch die verfassungsmäßigen Instanzen festgesetzte Besoldungsregelung auf dem bloßen Verwaltungswege außer Kraft gesetzt werden kann.

## Parteien und Brüning-Programm

Berlin, 2. Oktober.

Der Reichstag hat die Besprechungen mit den Parteivertretern aufgenommen. Am Mittwochabend hatte er Unterredungen mit dem Abg. Graf Westarp und dem Reichsernährungsminister Schiele, um die Auffassung der Landvolkspartei und der Volkswirtschaftler festzustellen. Die Hauptbesprechungen werden am Donnerstag beginnen. Es soll mit Vertretern der Staatspartei, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums verhandelt werden. Anschließend wird die zentrale Verhandlung stattfinden. Anschließend wird die zentrale Verhandlung stattfinden. Anschließend wird die zentrale Verhandlung stattfinden.

Ob die Parteien sich damit einverstanden erklären werden, steht auf einem anderen Blatte. In der Absicht der Regierung liegt es jedenfalls, den Reichstag zu raschem Handeln zu veranlassen, da jede verlorene Woche die Schwierigkeiten vergrößern würde.

## Das Ausland stark interessiert

Die gesamte Auslandspresse bringt dem Reformwert der Regierung Brüning größtes Interesse entgegen. In der Londoner „Daily Mail“ wird die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß durch Kürzung der Unternehmerrückgewinn und allgemeinen Ausgaben die deutschen Waren derart verbilligt werden würden, daß kein anderes Land damit konkurrieren könne. „Daily Telegraph“ nennt die Reformpläne lässig, die aber zweifellos den schärfsten Widerstand des Reichstages voraussehen. Das „Londoner Arbeiterblatt“ „Daily Herald“ meint, Deutschland stehe am Vorabend einer Diktatur, und zwar einer Diktatur Brüning-Brüning. Dem „New York Journal of Commerce“ zufolge, gehe nach Auffassung

Washingtoner Kreise das Brüning-Programm weit über alle Sparvorschläge und Warnungen Parter Gilberts hinaus. Es sei geeignet, Vorspannungen für die Revisionisten der Alliierten zu leisten, die aber in Amerika auf starken Widerstand stoßen würden. Das „Allgemeine Handelsblatt“ in Amsterdam erwartet, daß die Befestigung des Regierungsprogramms das Vertrauen des Auslandes soweit wieder stärken werde, daß eine evtl. Auslandsanleihe zur Deckung des Staatsdefizits ohne Mühe untergebracht werden könne. Der „Amsterdamer Telegraf“ sieht in den Sanierungsplänen ein umfassendes Reformwerk, fürchtet aber, daß sich seiner Durchführung bei der vollkommen verfahrenen innerpolitischen Lage im Reich große Schwierigkeiten entgegenstellen werden.

## Die neue Regierung in Braunschweig

Ein weiterer nationalsozialistischer Minister

Braunschweig, 2. Oktober.

Im Landtag wurde die Wahl der neuen braunschweigischen Landesregierung angenommen. Der bisherige sozialistische Minister Dr. Jasper 17 Stimmen, drei Jettel waren ungültig.

Im zweiten Wahlgang erhielt der nationalsozialistische Amtsgerichtsrat Dr. Franke-Kiel 20 Stimmen, Dr. Jasper 17 Stimmen, zwei Stimmen waren ungültig. Dr. Kämpfer und Dr. Franke sind somit gewählt.

## Begrenzte Arbeitsdienstpflicht?

Berlin, 2. Oktober.

Zu den Plänen der Regierung weiß die DZJ, ergänzend zu berichten, daß auch eine Weisung über die Arbeitsdienstpflicht der Arbeitslosen vorgesehen ist. Der Kommissar, Reichsminister Trevisanus, soll ermächtigt werden, die unterhaltungsberechtigten Arbeitslosen in einem angemessenen Umfang zu erhalten, zu Meliorationen, Wegebauten, Siedlungen und dergleichen im Osten heranzuziehen.

Eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht würde dagegen natürlich so hohe Kosten verursachen (für Unterbringung, Transport, Beaufsichtigung usw.), daß ein solches Experiment zurzeit nicht durchführbar erscheint. Immerhin werden sich bei den örtlichen Versuchen im Osten Erfahrungen sammeln lassen, die für eine etwaige Erweiterung von Nutzen sein können.

## Der Reichsfinanzminister zum Reformplan

Berlin, 2. Oktober.

Vizekanzler und Reichsfinanzminister Dr. Dietrich sprach gestern Abend im Rundfunk über den Wirtschafts- und Finanzplan. Dr. Dietrich wandte sich zunächst gegen den Vorwurf, daß die Reichsregierung zu lange mit der Herausgabe ihrer Pläne gezögert habe. In den zwei Wochen der Wahl sei eine respektable Arbeit geleistet worden. Die Ausgaben des Haushalts für 1931 seien um eine Milliarde gesenkt. Der Finanzausgleich sei einer späteren Zeit, nämlich für den 1. April 1932 vorbehalten. Der Grund dafür läge darin, daß zunächst das Steuervereinfachungsgesetz erledigt werden müsse. Es wird von einer Steigerung der Arbeitslosenziffer gerechnet, deren Höhepunkt im Februar mit 2,6 Millionen Hauptunterstützungsempfängern erreicht werden könnte, während die Krisenunterstützung dann bereits acht Millionen Köpfe umfassen würde. Für das nächste Jahr sei hier eine Reform in Aussicht genommen.

Wenn es gelungen sei, einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf für 1931-32 aufzustellen, so war das nur durch Sparmaßnahmen und Reformen möglich. Insgesamt seien rund 800 Millionen aus dem Etat verschwunden. Rechnungsmäßig fehlten dann immer noch 167 Millionen RM, die durch mögliche Steuermehrerbelastung des Labakons aufzubringen wären.

Die grundlegende Idee des Planes der Regierung gehe davon aus, daß eine Minderung der Arbeitslosigkeit nur durch Belebung der Wirtschaft möglich sei. Diese Belebung erfordere geordnete Finanzen und Sicherheit dagegen, daß

während eines Anstieges der Konjunktur die Entwicklung nach oben nicht alsbald wieder durch die Ausgaben der öffentlichen Hand erdrückt werden. Der „Morgenpost“ lege drei Jahre die Höhe der Ausgaben nach oben fest. Die Landwirtschaft erhalte wieder die Vereinfachung des Steuerwesens eine Einheitssteuer anstelle der Einkommen-, Vermögens- und Grundvermögenssteuern; die Kleinverdienenden zahlen eine nach Klassen abgestufte Einheitssteuer. Die kleineren Vermögen bis 20 000 RM würden künftighin vermögenssteuerfrei und damit die Zahl der Vermögenssteuerpflichtigen, die zur Zeit 1 708 000 sei, auf die Hälfte, nämlich 854 000, reduziert.

Zur Zweiregelung der Wohnungswirtschaft sei es notwendig, Zworegelung und Einzimmerwohnungen zu bauen. Die Regierung beabsichtige nicht, Wohnungen zu bauen, die die Wohnungsuchenden nicht bezahlen könnten. Es sei zu erwarten, daß der Bedarf an kleinen Wohnungen nach fünf Jahren gedeckt sei und die öffentliche Bauwirtschaft mehr oder weniger eingeschränkt werden könne. Wichtig seien ferner Schaffung und Förderung von Siedlungen und Erbauung von Eigenheimen. Im Bereich des Gesamtplanes würde es gelingen, in wenigen Jahren die Mietzinssteuer zu beseitigen.

## Bayerische Volkspartei hinter Brüning

München, 2. Oktober.

Zum Sanierungsprogramm der Reichsregierung äußert sich die Bayerische Volkspartei dahingehend, daß es als vaterländische Pflicht der Reichsregierung bezeichnet werden müsse, auf ihrem Posten auszuhalten und den Kampf mit dem Parlament aufzunehmen. Für die Bayerische Volkspartei könne es keine andere Entscheidung geben, als hinter die Regierung Brüning zu treten.

## Landvolk für eine Regierung mit den Nationalsozialisten

Berlin, 2. Oktober.

Parteienvorstand und Reichstagsfraktion der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkspartei wählten den Abgeordneten Döberich zum Fraktionsvorsitzenden. In einer

Entscheidung zur politischen Lage fordern Parteienvorstand und Fraktion eine Umbildung der Reichsregierung unter Heranziehung der Nationalsozialistischen Deutscher Arbeiterpartei, sofern sie zur Verantwortungsbewußten Mitarbeit bereit ist. Eine Regierung, die marxistisch beeinflusst ist, oder auch nur von marxistischen Parteien besetzt, wird abgelehnt.

## Keine Lohnruerrückzahlung

Berlin, 2. Oktober.

Es waren, wie erinnerlich, Bestrebungen im Gange, um die Lohnruerrückstellungen Ansprüche zu streichen. Es handelt sich hier um 65 Millionen Reichsmark, die sich auf rund vier Millionen Fälle verteilen. Diese würden einen Verwaltungsapparat erfordern, dessen Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen würden. Die Regierung hat, wie gemeldet wird, von dieser Maßnahme abgesehen, um diesen Konflikt nicht vornehmlich aus der Welt zu schaffen.

## Städtevertreter beim Reichstanzler

Berlin, 2. Oktober.

Eine Abordnung des Vorstandes des Deutschen Städteverbandes, bestehend aus Präsident Dr. Mulert, Oberbürgermeister Dr. Adenauer-Röhl, Oberbürgermeister Beims-Bräutigam, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler-Leipzig, Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg-Hamborn, Oberbürgermeister Dr. Landmann-Frankfurt a. M. und Vizepräsident Dr. Elsas wurde gestern vom Reichstanzler Dietrich und des Reichsarbeitsministers Dr. Siegerwald empfangen. Die städtischen Vertreter nahmen Veranlassung, die Gesamtlage der deutschen Städte eingehend vorzutragen und insbesondere das Problem der Wirtschaftserwerbslosen und die Notwendigkeit der Neuregelung der Krisenfürsorge darzulegen. Die Aussprache ergab Übereinstimmung, daß die erforderlichen Reformmaßnahmen mit größter Beschleunigung durchgeführt werden müssen. Die Notlage der Gemeinden erfordert nach Auffassung der Städtevertreter eine sofortige Abhilfe durch Ausdehnung der Krisenfürsorge, die seitens des Reichs in den nächsten Wochen grundsätzlich umgestaltet werden soll.

## Schreckensregiment in der Ukraine

Politische Gefangene „auf der Flucht“ erschossen

Warschau, 2. Oktober.

Die Maßnahmen der polnischen Behörden in der Ukraine nehmen immer mehr den Charakter eines Schreckensregiments an. So werden jetzt zwei höchst merkwürdige Fälle von Erschießungen gefangen gemessener Ukrainer durch die sie eskortierenden Gendarmen gemeldet. Ueber die Tötung des vor etwa 10 Tagen verhafteten Holowinski, der der Kommandant der ukrainischen Militärorganisationen gewesen sein sollte, erscheint eine Darstellung der Polizei, die zufolge Holowinski die drei ihn begleitenden Gendarmen, die ihn zu einer Konfrontierung mit einem anderen Verhafteten zu bringen hatten, angefallen und einen Fluchtversuch unternommen haben soll.

Er wurde durch sechs Schüsse niedergestreckt. Die Schüsse trafen ihn von hinten. Holowinski war auf der Stelle tot.

Ueber den zweiten Fall berichtet das ABC: In Jaselski hatte die Gendarmen einen Gynastikisten verhaftet, der an den Brandstiftungen in diesem Gebiet beteiligt gewesen sein soll. Der Darstellung der Polizei zufolge soll er auf dem Wege zum Gefängnis, auf dem er von zwei Gendarmen begleitet wurde, einen Fluchtversuch unternommen haben und hierbei erschossen worden sein.

Der griechisch-katholische Metropolit Szeptycki ist mit einem Flugzeug von Lemberg in Warschau eingetroffen. Es soll ihm Absicht haben, beim Staatspräsidenten und Marschall Pilsudski gegen das Vorgehen der polnischen Behörden gegenüber der ukrainischen Widerheit Protest einzulegen.

Der kommunistische Abgeordnete Jarzi, der seinerzeit in Lodz trotz seiner Immunität wegen Aufwiegelung der Massen gegen die Polizei verhaftet wurde, ist vom Lodzger Bezirksgericht zu 8 Jahren schwerer Kerker verurteilt worden.

## Waidmanns Heil!

Das Ende der Schonzeit — Beginn der Such- und Treibjagden — Pärchen durch das braune Laub — Auszug mit der Meute — Was ist ein Sonntagsjäger?

Waidmanns Heil! — Der alte Jägergruß wird jetzt wieder durch Wald und Feld schallen. Das Ende der Schonzeit ist gekommen. Auf Hasen und Kleinwild darf wieder Jagd gemacht werden. Bis zum 15. Januar können die Waidmänner Treib- und Suchjagden machen und es wird für dieses edle Waidwerk manch fröhlicher Tag anbrechen. Der Befehl der Hasen soll in diesem Jahre überdurchschnittlich gut sein, man kann auf Grund der vorliegenden Jahresprognosen für diesmal mit einem Ertrag von 8-10 Millionen Hasen rechnen. Für diejenigen, die nicht zur Treibjagd hinausziehen, ist der gute Hasenschuß höchstens an einer Verbilligung der Breiße feststellbar.

Für die Hasenjagd gibts zwei Möglichkeiten. Das Treiben ist wohl bei größeren Jagdgesellschaften die beliebteste Art des Hasenjagens. Unter einem echobringenden Halali ziehen sie aus und mit ihnen die Meute. Man darf sich darunter nicht etwas ganz Schreckliches vorstellen. Die Meute sind nämlich die Hunde, die zu 10 oder 20 Tieren ausschwärmen und die Hasen aus ihren Verstecken aufscheuchen sollen. Das ist, wie gesagt, aber mehr ein gesellschaftliches Jagen, eine Sache, die viel Spaß macht und die Arbeit ungemein erleichtert. Die wirklichen Jäger beteiligen sich selten an solchen Treibjagden, sondern ziehen wegen ihrer Kniffligkeit die Jagd des Suchens vor. Diese Art des Jagens, bei der man allein oder höchstens zu zweit auszieht, eventl. einen Jagdhund an der Seite hat und redlich durch das braune Laub jagt. So etwas ist bestimmt romantischer, wenn man ohne Meute auf einsamen Pfaden pirschen und dem überraschten Hasen eins in die Fersen setzen kann. Waidmanns Heil! an der Treibjagd auch solche Personen beteiligen können, die sonst des Waidwerks un-

tundlich sich ja gen vor Durch in vie fange d. h. auf die in der von gende Trinte jäger ins A Suchje von E diese Unter lomme paar dreißig einzu doch z zählige gekom weg m stol a Waidm böse, n lich m sich tu hierfür wer tr durch rrichte Treibe gletter den J drauche mal C dieses es blei türlich die m Mench sollt